

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Besteht durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Jobstellen die Hälfte.

Nr. 38.

Cöln, den 21. September 1906.

VII. Jahrgang.

Große Aussperrung in Sicht.

Cöln stehen seit längerer Zeit die Dachdecker und Glaser im Ausstand. Da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, wandten sich Arbeitgeber an ihren Verband um Hilfe. In einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Köln und Umgegend, die am Donnerstag den 13. Sept. im Bürgergesellschaft tagte, nahm man endgültig die Angelegenheit Stellung und beschloß am Mittwoch den 13. September die Generalaussperrung aller im Baugewerbe tätigen Arbeiter vorzunehmen, wenn bis dahin eine Einigung nicht erzielt sei. Von der Aussperrung sollen betroffen werden alle dem Verbands angehörenden Betriebe Maurermeister, Kanal- und Tiefbauunternehmer, Pfisterer, Schreinermeister und Holzindustriellen, Dachdeckereien und Baugewerkschaften, Werpugereien und Wändefabrikation, der Stein- und Marmorgeschäfte sowie die Baumaterialienhandlungen. Man sieht, es ist eine Aussperrung in großem Maße geplant, durch die das gesamte Baugewerbe in Cöln lahm gelegt werden würde.

Das unsern Verband bei dieser geplanten Aussperrung sehr interessiert, ist die eigenartige Stellung, welche die Schreinermeister unserm Verbands gegenüber einnehmen, so wie die Auffassung, die dieselben über den vorjährigen Streik in der Versammlung am 13. September zum Ausdruck gebracht haben sollen. Nach den Zeitungsberichten soll in der betreffenden Versammlung ein Schreinermeister haben, sie würden unter keinen Umständen die christlich organisierten Schreiner ausschließen, „weil sie im vorigen Jahre für Standhalten in der Arbeit beim Streit der freischafflich organisierten Tischler den Meistern zum Siege verholfen haben“. Diese Äußerung gilt der sozialdem. Presse zum Anlaß, aus dem neuen das allbekannte Lied vom Verrat des christl. Holzarbeiterverbandes anzustimmen. Wirklichkeit dagegen war es niemand anders wie der sozialdemokratische Verband, der diesen Verrat verübt hat.

Als im vorigen Jahre in eine Bewegung eingetreten wurde, waren unsere Mitglieder in Cöln sowohl der vorgeschlagenen Taktik, wie auch mit der Wahl des Kampfes nicht einverstanden. In einer Versammlung festgestellt, daß die Konjunktur nicht günstig sei. Daß Mitglieder mit ihrer Ansicht das Richtige getroffen zu bestätigen, wie schon in Nummer 36 mitgeteilt, der jährliche Bericht der Kölner Handelskammer. Trotzdem der sozialdemokratische Verband in den Streit eingetreten. Nach diesem Beschlusse handelt es sich für unsern Verband darum, ob er sich vom sozialdemokratischen Verbands die Streiktaktik diktieren lassen sollte oder nicht. Unsere Mitglieder waren sich der damaligen Situation denn auch bewußt. Ein Nachgeben gegenüber der sozialdemokratischen Forderung, unserem Verbands die Streiktaktik einfach zu überlassen, hätte dessen Ansehen und Entwicklung aufs schwerste geschädigt. Darum beschloß denn auch eine von unseren Mitgliedern besuchte Versammlung, den vom sozialdem. Verbands einseitig und frivol inszenierten, dazu gegen unsern Verband gerichteten Kampf nicht mitzumachen. Unser Verband fand sich also in einer Abwehrstellung gegenüber der Forderung des sozialdemokratischen Verbandes. Und wenn dieser Kampf, was nach Lage der Sache gar nicht denkbar ist, für den Augenblick auch den Arbeitgebern kommt, trägt derjenige Teil die Schuld, der den Kampf inszeniert hat, in diesem Falle also der sozialdem. Arbeiterverband. So lagen also die Verhältnisse im vergangenen Jahre.

Aber wie im vergangenen Jahre liegt die Sache bei der bevorstehenden geplanten Aussperrung. Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme der Arbeitgeber, die von sämtlichen Arbeitgebern zurückgewiesen werden muß. Wenn dem entgegen die Arbeitgeber im Schreinerergewerbe glauben, die Mitglieder unseres Verbandes nicht ausschließen zu sollen mit Rücksicht auf die Vorgänge im vorigen Jahre — vielleicht aus ganz anderen Gründen — so liegt zu einer solchen Maßnahme gar kein Anlaß vor. Unser Verband hat im vorigen Jahre aus Gründen der Selbsterhaltung und der Selbstschätzung einen Kampf mit dem sozialdemokratischen Verbands durchge- führt, ohne auch im geringsten damit zu bezwecken, den Arbeitgebern einen Dienst zu erweisen. Zum Siege verurteilt hat den Arbeitgebern im vorigen Jahre der sozialdemokratische Verband, der diesen verwerflichen Kampf heraufbeschworen hat. Und eigentlich müßten die Schreinermeister

Cölns dem sozialdemokratischen Verbands für diese sein Handlungsweise dankbar sein. Unser Verband verzichtet auf diese Dankbarkeit, schon aus dem Grunde, um über seine vollständige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nicht den geringsten Zweifel entstehen zu lassen. Wenn das den Arbeitgebern noch nicht klar sein sollte, wird es ihnen vielleicht folgende Resolution klar machen:

„Die heute am 16. Sept. im Friesenbräu tagende außerordentliche Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Bezirk Cöln beschließt: Sobald auf einer Werkstatt im Schreinerergewerbe irgend welche Kollegen, ganz gleich welchem Verbands dieselben angehören, ausgesperrt werden, haben die auf diesen Werkstätten beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands sofort die Arbeit niederzulegen. Ueber weitere Maßnahmen soll eine demnächst abzuhaltende Versammlung beschließen.“

Das ist die Stellung, welche unsere Mitglieder bei dem bevorstehenden Kampfe, wenn dieser nicht noch im letzten Augenblick verhütet wird, einnehmen werden. Der Kürze der Zeit wegen war es nicht möglich, eine Mitgliederversammlung darüber zu befragen. Aber wir zweifeln nicht daran, daß im gegebenen Moment die von den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern ausgegebene Parole auf der ganzen Linie befolgt wird.

Ein internationaler christlicher Arbeiterkongress.

Zu den Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftskongresses gehört auch der Beschluß auf Einberufung einer internationalen Konferenz der christlichen Gewerkschaften aller Länder für den Herbst des nächsten Jahres. Die Frage internationaler Verbindungen ist keineswegs neu. Der Vorsitzende der christlichen Textilarbeiter, Kollege Schiffer, hat vor zwei Jahren schon in Essen eine bezügliche Anregung gemacht und unser fleischer Kollege Fischer hat in großen Versammlungen in Cöln, Elberfeld, Frankfurt, München und Graz für die Einberufung eines internationalen Kongresses Propaganda gemacht. In der Wirklichkeit gehört diese Frage zu jenen, die unbedingt gelöst werden müssen.

Wie keine andere Detailfrage des großen sozialen Problems, schreibt der Grazer „Arbeiter“, ist die Arbeiterfrage international. Das beweist ihre ganze Entwicklung. Wo wir in einem Lande auf den Grund der Dinge dringen, sehen wir für die Arbeiterfrage die gleichen Wirkungen. Wir sehen, wie diese Frage durch die Ueberfüllung des Handwerkes im späteren Mittelalter entsteht, wie die Absperrungspolitik der Zünfte einen Stand schuf, der keine Aussicht hatte, einst selbstständige Unternehmer zu werden und auf nichts als seiner Hände Arbeit angewiesen war. Die Produktionsmittel sammelten sich immer mehr in den Händen weniger Großkapitalisten an, begünstigt durch die Entwicklung der Technik, des Maschinenwesens. Die Lage der Arbeiter ist in allen Ländern die gleich erbärmliche. Schlechte Löhne, lange Arbeitszeiten, hygienisch unzulängliche Wohnungen, Degeneration der ganzen Klasse, politische Rechtslosigkeit der Arbeiter sehen wir in allen Ländern, kurz, alle die Begleiterscheinungen des Problems. Und doch ist die Arbeiterfrage und deren Lösung auch für die Gesamtheit so wichtig, wie keine zweite. Das zeigt schon die Zahl der industriellen und gewerblichen Arbeiter. Diese betrug 1900 in: Deutschland 5,900,000, Oesterreich 2,144,000, Schweiz 866,000, Frankreich 3,319,000, Belgien 867,000, Niederlande 372,000, England 7,500,000. Nun muß bedacht werden, daß an diesen Zahlen noch die Familienangehörigen hängen. So können wir sehen, wie bedeutend diese Frage für alle Länder ist.

Warum internationale Verbindungen geschaffen werden sollen, ergibt sich eigentlich schon aus dem Gesagten. Einige Beispiele seien zum besseren Verständnis angeführt. Da ist das Problem des gerechten Lohnes zu lösen. Siehen die Arbeiter in einem Lande in einer Lohnbewegung, läßt sich der Unternehmer aus einem Lande, das kulturell rückständig ist, billige und willige Arbeitskräfte importieren. Als die Donauwitzer Arbeiter vor der großen Aussperrung standen, als das Gewitter eines schweren Arbeitskampfes über der fleischer Eisenindustrie schwebte, und das Schicksal von 10,000 Arbeiterfamilien am Spiel stand, ließ die Direktion der alpinen Montangesellschaft in größter Gemütsruhe waggonweise kroatische Arbeiter kommen. Sie sind den fleischer Arbeitern in den Rücken gefallen. Dieselben Unternehmer, die stets das Deutschland im Munde führen, pfeifen auf ihre Stammesbrüder, wenn die slowenischen Arbeiter nur etwas billiger arbeiten. Das soll, das darf nicht vorkommen. Wir sind deshalb daran interessiert, daß sich auch die Slaven zusammenschließen und gemeinsam mit uns vorgehen. Das Glend ist uns allen gemeinsam, die Not ist international, die Bestrebungen zu ihrer Beseitigung müssen es ebenfalls sein. Ganz die gleichen Erscheinungen zeigen sich uns auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Beide werden von den

Unternehmern als Belastung angesehen. Die österreichischen Kapitalisten klagen darüber, daß sie die Lasten der Arbeiterversicherung zu tragen hätten, welche z. B. in England gänzlich unbekannt sind. Wohl ist die internationale Regelung dieses Fragenkomplexes von Seite der Staaten bereits in Angriff genommen worden, doch ist bekannt, wie langsam die Staatsmaschinen arbeiten, wenn nicht die Arbeiter mit dem Peitsche immer hinterdrein stehen würden. Endlich ist auch das Kapital ganz international organisiert, jedenfalls besser, als es die Arbeiter sind.

Daraus ergibt sich, daß sich die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Nation, die Hand zum Bunde reichen muß. Die Sozialisten haben das längst erkannt. Der erste Kongress der sozialistischen internationalen Arbeiterassoziation fand 1869 zu Basel statt, der letzte 1904 zu Amsterdam. Auch die roten Gewerkschaften haben sich längst um Bundesgenossen umgesehen. Während in früheren Jahren das Hauptwort in der gewerkschaftlichen Bewegung England sprach, ist die Führung gegenwärtig auf Deutschland übergegangen. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien und Spanien betrug 1903 3,662,163. Davon entfallen auf England 1,922,780 (davon 120,078 weibliche), auf Deutschland 1,276,831 (47,038 weibliche), auf Oesterreich 177,592 (12,063 weibliche), dann folgt Dänemark mit 86,328 (7048 weiblichen), Schweden mit 80,000 (3750 weiblichen), Spanien mit etwa 58,000, Ungarn mit 41,138 (1823 weiblichen), Norwegen mit 15,996 (926 weiblichen) und Serbien mit 3500 organisierten Arbeitern. Seither haben sich diese Ziffern bedeutend erhöht.

Für die christlichen Arbeiter ergeben sich noch andere Gründe. Stehen die christlichen Arbeiter in einem Lande isoliert da, so sind sie den geizigen Feinden gegenüber wehrlos und preisgegeben. Die Verleumdungen über die christlichen Arbeiter Oesterreichs finden den Weg in die sozialistische Presse Deutschlands und des Auslandes und umgekehrt. Durch ein Zentralbüro könnte diesem Treiben Halt geboten werden. Die christlichen Textilarbeiter haben diesen Abwehrkampf erfolgreich durchgeführt und sich eine internationale Vereinigung geschaffen, welcher die Verbände von Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich und Italien angehören. Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens könnte viel geleistet werden, wenn Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen würden. Aus allen diesen Gründen begrüßen wir freudig den Beschluß des Breslauer Kongresses. Die Gegner sehen, für uns gibt es kein zurück, für uns existiert nur eine einzige Lösung und die lautet: „Vorwärts.“ Auf einer Karte, die anlässlich des Münchener Gewerkschaftskongresses erschien, reichten sich zwei Arbeiter die Hand zum innigen Vereine. Ein Band umschlang sie. Das gilt von allen christlichen Arbeiterverbänden in Nord und Süd, in Ost und West. Die Idee des Christentums, der Befreiung der Arbeiterklasse aus ökonomischer und sozialdemokratischer Sklaverei, ist das gemeinsame Band, das uns alle umschlingt. Erst wenn dem Arbeiterstande volle Gerechtigkeit widerfahren sein wird, können wir an Ruhe denken. Bis dorthin muß uns das große Wort gelten: „Christliche Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“

Nürnberg Brief.

Durch die Tagespresse ist es überall bekannt geworden, welche Vorkommnisse in den letzten Monaten in der Arbeiterbewegung Nürnbergs sich ereignet haben. Wenn wir heute darüber noch einige Zeilen berichten, so geschieht dieses nur, um unseren Kollegen ein Bild zu geben über die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft fördert. Nachstehendes trug sich nicht im Bereiche unserer Branche zu, sondern in der der Metall- und Bauarbeiter.

Die Bauarbeiter hatten mit den Unternehmern vor zwei Jahren einen Vertrag abgeschlossen, der am 1. Juli d. J. ablief. Diese Gelegenheit wurde benützt, um neue Forderungen zu stellen, was niemand, auch die Unternehmer nicht, mißbilligte. Es war jedem klar, daß dieses geschah, aber daß die Genossen eine Forderung von 70%, sage und schreibe fünfzig Prozent, einreichten, das hatte vielleicht der stärkste „Genosse“ nicht erwartet. Die Bauhilfsarbeiter verdienten 33 Pfg., die besseren Arbeiter etwas mehr und verlangt wurden pro Stunde 55 Pfg. Die Forderung wurde von den Unternehmern abgelehnt. Die christlich organisierten Arbeiter machten diesen Frevler an den Arbeiterinteressen nicht mit, sondern stellten eigene und vernünftiger Forderungen auf, die auch von einer Anzahl Arbeitgebern bewilligt wurden. Das selbständige Vorgehen der christlichen Bauhandwerker war um so berechtigter, da die „Genossen“ von einem geeinten Vorgehen nichts wissen wollten.

Nun aber kam der Haß und Groll, der durch die sozialdemokratische Erziehung den „Genossen“ eigen ist, zum Ausbruch. Der Führer Notmund fragte die Christenmenschen auf bis auf 18 1/2 Mann und die Uebrigen steckte er in die

Westentasche. Die Christlichen wurden als Streifbrecher gebrandmarkt und den wirklichen Arbeitswilligen gleichgestellt. Da es aber mit dem Schimpfen und Verleumben allein nicht getan war, so ging man auch zu Laten über; nur mußten es die „Genossen“ etwas schlaue anpacken. „Die Vertrauensmänner dürfen nicht Hand anlegen, aber die Mitglieder müssen ihre Sache gut machen, jedoch nichts dagegen einzuwenden ist.“ So die ungefähre Devise der roten Streifleitung. Nun kam es an verschiedenen Orten zu Erjessen. Die Polizeimannschaften hatten den Auftrag, wegen der z. Bt. stattfindenden Ausstellung, alles Aufsehererregende ihrerseits zu vermeiden. Sie wurden aber von den verheerenden „Genossen“ geulkt, wo es nur immer ging. Beschimpfungen und sogar Taktlichkeiten den Polizeisoldaten gegenüber, waren an der Tagesordnung. Die „Fränkische Tagespost“, die als sozialdemokratisches Parteiblatt den traurigen Ruhm besitzt, an Gemeinheit und Unverschämtheit die Note 1 mit Stern erhalten zu haben, die an Pfaffenfresserei und Religionsverhöhnung das Erleuchtlichste leistet, hat sich auch da als Lügen- und Spörgan auf beste bewährt. Die streifenden Arbeiter lebten jetzt mit den Behörden in Spannung, die Bevölkerung hatte Achtung und Respekt vor ihnen verloren, der Streik bedeutete bereits eine moralische Niederlage. So die jetzige Situation in der Bauarbeiterbewegung.

Nun einen kurzen Blick auf die Metallarbeiterbewegung in der Motorradfabrik „Union“. Das Verhältnis zwischen Prinzipal und Arbeiter war ein gutes, da ja auch verhältnismäßig gute Löhne gezahlt wurden. Nun kam vor längerer Zeit der rote Agitator Max Dreier in diese Fabrik als Arbeiter. Jetzt ging das Gehen los nicht nur gegenüber den Arbeitgebern, sondern auch der Direktion gegenüber. Die Folge war, daß er entlassen wurde, wie er aus dem gleichen Grunde schon eine Anzahl andere Werkstätten verlassen mußte. Die Kollegen in der „Union“, selbst die „Freien“ regten sich deshalb nicht sonderlich auf; nur ein Teil der letzteren beschloß in einen Maßregelungsstreik einzutreten. Dieser Streik wurde aber von der Leitung des „freien“ Metallarbeiterverbandes nicht anerkannt und wäre auch wohl nicht anerkannt worden, wenn die „Genossen“ nicht mit der Gründung eines Anarchoverbandes gedroht hätten. Erst 14 Tage nach dem Ausbruch des Streiks billigte man denselben. Daß in diesem Falle die anderen Organisationen Christliche und Kirchendunklerische sowie die unorganisierten Arbeiter nicht mittaten, ist klar. Die „Genossen“ streikten aber lustig weiter, während der edle Max Dreier Unterkunft im jüd. Parteisekretariat erhalten hatte. Eine größere Dummheit konnte wohl nicht mehr gemacht werden. Die „Genossen“ streikten für einen „Genossen“ der schon längst eine gut bezahlte Stellung hat; der selbst, wenn er wieder in den Betrieb hinein könnte, nicht mehr hinein wollte.

Der Betrieb der „Union“ hat aber wegen dieser eblen Seele nicht einen Tag gestanden und die Plätze der Betrogenen waren halb besetzt, zum Teil von „Genossen“ selbst. Die Streikposten standen gut vor den Türen der Fabrik, allerdings um bei dieser Gelegenheit durch verschiedene Gemeinheiten zu glänzen. Der Raub von Legitimationpapieren, tätliche Angriffe usw. waren während des 10 wöchentlichen Dummheitsstreik zu verzeichnen.

Endlich schien aber die rote Verbandsleitung einzusehen, daß alles nutzlos sei. Sie fragte bei der Direktion an, ob sie die streifenden Arbeiter wieder aufnehmen wolle. Dieses wurde verneint aus dem Grunde, weil der Betrieb schon besetzt sei. Die Verbandsleitung zog darauf die Streikunterstützung zurück und empfahl den Streifenden anderweitig Stellung zu suchen. Dieses erregte nun großen Horn bei den betrogenen Streifenden und die Wut ließen sie an den dort beschäftigten Arbeitern aus. Am 17. August mittags wurde eine Anzahl Arbeiter erheblich mißhandelt, mit dem Versprechen, daß am Abend einer nach dem andern daran kommen sollte. Der „Genosse“ und Streikführer Fleischmann, der dieses Versprechen gab und der sich bei dieser Gelegenheit als besonders zielbewußt auszeichnete, wurde aber am Abend von einem „unorganisierten“ Arbeiter erschossen. Es hatten sich tatsächlich am Abend eine Anzahl „Genossen“ eingefunden, die sich mit Totschlägern bewaffnet hatten, um ihr gegebenes Versprechen einzulösen. Es kam zu einer Schlägerei und als ein Hausen einen Arbeiter verfolgte, zog dieser seinen Revolver und gab drei Schüsse ab, die den Fleischmann trafen. Fleischmann starb bald darauf im Krankenhaus. Es ist bedauerlich, wenn solche Fälle vorkommen. Schuld daran ist und bleibt einzig und allein die sozialdemokratische Fege. Auf diesen Vorfall hin entstand eine große Erregung unter der Bevölkerung, die das Verhalten der Streifenden mißbilligte. Viel trug auch das schon einigermaßen geschilderte Verhalten der Bauarbeiter zu dieser Erregung bei.

Nacht Lage darauf kam es nun zu dem Kravall in der Regensburgerstraße, wo es sehr viele Verletzte gab. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor und benutzte auch den Revolver. Erst nachdem Militär requiriert wurde, kam Ruhe zur Geltung. Es wurden nun von Seiten des Magistrats strenge polizeiliche Verordnungen erlassen, darunter auch das Verbot des Streikpostenstehens. Die Nürnberger Arbeiter dürfen also bei Streiks keine Posten aufstellen und dadurch allein schon ist ein Streik nicht durchführbar. Ein wichtiges Recht ist genommen und schuld daran sind die „Genossen“, die das Patent der Arbeitervertretung haben wollen. Wir wollen es uns merken und gegen diese „Lautschubengesellschaft“, wie sie selbst die „Fränkische Tagespost“ bezeichnete, kämpfen bis aufs Äußerste. Die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften hat hier weitere Vorbrechen an der Arbeiterfrage begangen, wie sie schon ungezählte auf dem Gewissen hat.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. — 22. Sept. 1906 fällig ist.

Die Zahlstelle Offenbach a. M. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. erhalten die Zahlstellen Hagen i. W. und Posen.

Die Zahlstelle Juffenhausen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg.

Laut Verbandstagsbeschlus sollen die von unserem Verbands abgefolgten Verträge demnächst in einer Broschüre zusammengestellt und veröffentlicht werden. Die Zahlstellen werden daher ersucht der Geschäftsstelle des Verbandes sofort je zwei Exemplare aller mit den Arbeitgeberkorporationen oder auch einzelnen Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifverträge und sonstigen schriftlichen Vereinbarungen, soweit dieselben z. B. Gültigkeit haben, zuzustellen.

Die demnächst zum Militär einrückenden Kollegen seien darauf aufmerksam gemacht, sich ordnungsgemäß den Eintritt zum Militär ins Mitgliederbuch von der Ortsverwaltung eintragen zu lassen. Während der Militärzeit ruht die Mitgliedschaft. Nach Abgang vom Militär müssen sich die Kollegen sobald wie möglich beim Verbands wieder anmelden. Sie treten dann in ihre alten Rechte wieder voll ein.

Das Mitgliedsbuch 33 641, auf den Namen Hermann Berning lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugut fort.

Zugut ist fernzuhalten von Schreibern nach Remstadt Ober-Schl. (Firma Aug. Habel), Posen, Schwertberg, Braunschweig, Fulda (Firma Kramer), Joppot, Dös (Stolzenberg) Höchst a. M., Eschkirch, Kaiserlautern, Rattowitz D.-Schl. (Firma J. Grünfeld), Rentkirch Wladu (Firma Manal). — Schreibern und Maschinenarbeitern nach Weeze, — von Schreibern und Bildhauern nach Furtwangen (Firma Furtwängler & Söhne). — Von Dürken- und Pinselmachern nach Goch, Niederhelm, — von Modellschreibern nach Dortmund (Nets).

Der Kampf in Dülmen beendet. Nach achtwöchigem Kampfe ist nunmehr der Streik bei den Firmen J. H. Meßem und Joseph Meßem in Dülmen, trotz der Hindernisse von verschiedenen Seiten und trotz der Strafmandate des Herrn Bürgermeisters, (Siehe Nr. 33 des Deutschen Holzarbeiter) mit einem vollen Erfolge für die Kollegen beendet.

Während die Kollegen hier vor der Lohnbewegung bei 11 stündiger Arbeitszeit im günstigsten Falle 3,30 Mk. verdienten, beträgt jetzt der Stundenlohn bei 10 stündiger Arbeitszeit 38 Pfg. Außerdem ist das Ueberstundenwesen dahin geregelt, daß für Ueberstunden 10 Pfg. Zulage pro Stunde, Nachtarbeiten mit 50%, Sonntagsarbeiten mit 100% zu vergüten sind. Für auswärtige Arbeiten gilt die Fahrzeit als Arbeitszeit resp. als Ueberstunden und werden außerdem 40 Pfg. vergütet. Falls Uebernachten erforderlich, trägt der Arbeitgeber die gesamten Kosten. Der Mindestlohn für gelernte Schreiner beträgt 34 Pfg. Wer mit den Dülmener Verhältnissen vertraut, wird zugeben müssen, daß das Erreichte gewiß für die Kollegen bedeutungsvoll ist. Es ist dieses auch ein Beweis dafür, daß auch in kleinen, ländlichen Orten etwas zu erreichen ist, wenn die Kollegen ihre gewerkschaftlichen Aufgaben erfasst haben und einer Organisation angehören, welche mit Energie für die bessere Lebenslage der Arbeiter eintritt, und, was gerade im Münsterlande von großer Bedeutung ist, — für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete sorgt. Gerade in letzter Hinsicht hat der Streik in Dülmen gezeigt, daß eine gut geleitete Organisation für unsere Kollegen geradezu unentbehrlich ist, um notwendigenfalls verschiedenen Seiten, auch dem Herrn Bürgermeister von Dülmen, die Ueberzeugung beizubringen, daß die Arbeiter nicht Bürger zweiter Klasse sind und dasselbe Recht verlangen können, was andere Stände anstandslos für sich beanspruchen. War doch die von unserer Zahlstelle einberufene öffentliche Volksversammlung in Dülmen am 5. August cr. von über 800 Personen besucht, in welcher Kollege St-Münster das Koalitionsrecht der Arbeiter und Kollege Schick-Wanne das Verhalten der Polizeibehörde von Dülmen behandelten. In dieser Versammlung zeigte es sich, daß alle Anwesende, Bürger sowohl wie Arbeiter, es einsehen, daß auch den Arbeitern ein Platz an der Sonne eingeräumt werden muß und es nachher der Herr Bürgermeister von Dülmen vorzog, die streifenden Schreinergefelln, welche um ein menschenwürdiges Dasein sich bemühten, schon in Ruhe zu lassen. Dankend muß noch hervorgehoben werden, daß auch die übrigen christlichen Verbände in Dülmen, die Maurer, Metallarbeiter und Textilarbeiter, gegenüber den Schikanen der Polizei uns treu zur Seite gestanden haben. Vor allem aber waren es unsere Kollegen, welche sich durch keine Schreckschüsse haben von ihren Bestreben abbringen lassen; auch nicht einer ist untreu geworden.

Wohlant nun zu frischer, freudiger Werbe- und Agitationsarbeit im Münsterlande, damit überall geregelte Arbeitsverhältnisse und damit menschenwürdige Zustände für die Arbeiter geschaffen werden können. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter bietet eine Gewähr für die energische Interessenvertretung aller Kollegen; ihm allein verdanken wir die Erfolge im Münsterlande. Sorgen wir also für die weitere Ausbreitung und Stärks desselben.

Die Berliner Tischlermeister rufen. Unermüdet sind die Berliner Tischlermeister an der Arbeit, um in dem be-

vorstehenden Lohnkampfe den Sieg auf ihrer Seite zu Die „Fachzeitung“ bringt in ihren letzten Nummern ganz siegeszuversichtliche Artikel, die alle auf den guten Sationsverhältnissen der Arbeitgeber basieren. „Denn man uns in einen Lohnkampf verwickeln will“, so hat in einem derselben, „stärker hat uns der Gegner nie gefoch noch niemals waren unsere Kräfte so geeint, unsere so geschlossen, unsere Mittel so groß wie augenblicklich Wir haben nicht notwendig eine Erhöhung oder gar doppelung der Beiträge in ihre Rechnung zu bringen, u Wartenden zu sichern und die Schwachen zu stützen“.

Diese Siegeszuversichtlichkeit geht sogar soweit, daß auf Grund der angeblich günstigen Verhältnisse für die geber auf Friedfertigkeit und Sanftmut bei den G gestossen sein will.

„Ist es wirklich so, wie man behauptet, will man den Fein nun, so solls uns recht sein“, ruft die „Fachzeitung“. „A auf den Kampf wahrlich nicht erpicht, so wenig wir Grun ihn zu scheuen, wenn er uns aufgedrungen wird. Man nun genau, was man zu erwarten hat und man hat ja, u Kampf zu vermeiden, nur nötig,

jeine Forderungen gar nicht erst zu formulieren, von man schon jetzt zur Genüge erfahren hat, daß unter Bedingungen es einen neuen Vertrag nicht geben i

Allen Anscheine nach sind die Meister nicht nur besserungen des Vertrages abhold, sondern die streben danach, den bestehenden Tarif noch zu verschlechtern. I wird zu den Forderungen der Gesellen bemerkt: „W alle von Seiten der Arbeitgeber bewilligt, dann ma Betrag auf 2 oder 3 Jahre kommen, natürlich m Schlichtungskommission, d. h. jener Bewilligungsmaschin man bisher nicht raffen ließ, die zwei Jahre lang w des ganzen Vertrages ununterbrochen gearbeitet hat u Löhne von einem Akford zum anderen in die Höhe sch ohne Kampf und Streik, denn wir hatten ja einen vertrag“. „Mit dem „Prinzip“ (d. h. einem Tarifsoe das uns nur Opfer, dem Gegner aber alle Vorteile b auch für die Folge einzuverstanden sein, ist kein Kamp

Nach solchen Worten zu urteilen, müssen die K Kollegen darauf gefaßt sein, daß ihnen von seiten der t geber Verschlechterungen des Tarifs und damit der u und Arbeitsverhältnisse geboten werden. Darauf deutet schon die Vorarbeiten hin, welche der Vorstand der I Innung unternimmt. So erläßt dieselbe folgenden A

Am die Berliner Tischlermeister. Nicht der Not gehorchend, sondern dem eigenen Triebe, die Vertrauensleute des Holzarbeiter-Verbandes die K des im Januar 1905 geschlossenen Vertrages zum 15. d. J. beschließen.

Wie wir bereits in unserem Rundschreiben vom Juli vorausgesagt haben, wird der 8 stündige Arbeitstag, Lohns bei neuen Arbeiten, 10—20% Lohneshöhung und eine A abschlagszahlung von 30 Mk. gefordert.

Wir richten deshalb an alle unsere Berufsengen die b Mahnung, sich schon jetzt auf den Streik vorzubere und nachstehende Winke zu beachten:

1. Werden die oben aufgeführten Forderungen an Mitglieder gestellt, so ist jegliche Verhandlung o Lehnen und sofort an das Innungs-Bureau zu berichten.
2. Wer trotz unserer eindringlichen War auch nur ein Jota bewilligt, dem sei hiermit ge daß alle gesetzlich erlaubten Mittel gegen i Anwendung gebracht werden, und zwar in seinem i Interesse.
3. Allorarbeiten müssen spätestens Anfang Januar b sein. Es darf am 15. Januar, dem Ablaufstermin des B niemand mit der Ausrede kommen: „Meine G haben noch so und so lange mit ihrem Akford zu tun“.
4. Vertragliche Arbeiten mit Konventi strafen sind abzulehnen. Die Kundschast ist auf be ausbleiblichen Streik schon jetzt vorzubereiten.
5. Man disponiere derartig, daß Zahlungstermine und pflichtungen nicht in die Monate Januar Februar gelegt werden.
6. Es muß Ehrensache für alle unsere Kollegen sein, nur den an sie ergehenden Einladungen zu Versammlungen mäßig Folge zu leisten, sondern während der kriti Zeit auch eiserne Disziplin zu wahren.
7. Alle Ausstreunungen der Gegner über etwaige Bw gungen einzelner Arbeitgeber sind so lange a funden zu betrachten, bis wir selbst eine Untersuchung ver und in der „Fachzeitung“ darüber berichtet haben.

Der Vorstand der Tischler-Innung S. A.: C. Kahardt, Obermeister

Wie schon so oft, so dürfte auch diesen hochstn Worten der Tischler-Innung nicht allzuviel Gewicht legen sein. Eine straff organisierte Kollegenschaft wird i noch Mittel finden, die zu einer Verbesserung ihrer geeignet sind. Insbesondere aber wird sie zu jeder gegen eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverh Front zu machen wissen.

Die Lohnbewegung in Herford endete mit einem tragsabschlusse. Infolge des Verhaltens des sozialb. Verba der unseren Verband beiseite schieben zu müssen glaubte für die Kollegen leider nichtallzuviel dabei herausgelom Wir werden in nächster Nummer näher auf den Vertri rüchkommen.

Zum Streik in Höchst a. M. Seit zwei Wochen finden sich die hiesigen Kollegen im Streik, trotzdem sich selben die größte Mühe gegeben, die Sache im Güte schlichten. Da hier in Höchst ein derartiger Streik noch stattgefunden hat, so glaubten die Arbeitgeber es auf Machprobe ankommen zu lassen, indem sie h die Hälfte der Kollegen würde stehen bleiben. Hierin sie sich aber bitter getäuscht. Doch ist nicht zu verkennen, sich einige getreue Jünger gefunden haben, die da m wenn sie mal ein bisschen von Seiten des Fabrikanten g ängelt wurden, sich denselben durch Schmarokerei treu Seite stellen zu müssen. Die meisten Betriebe stehen und wo sie mit vollem Dampf arbeiten, geschieht es u sich ein bisschen Groll aus dem Herzen zu jagen zur b der streifenden Kollegen.

Die Herrn Fabrikanten geben sich alle erdenkliche Mühe, arbeitswillige heranzuziehen, aber vergebens, die Kollegen auf dem Posten.

Die der Geschäftsmann bemüht ist das Vertrauen des Kunden zu genießen, so trachten auch die Fabrikanten durch die Bürgerchaft auf ihre Seite zu gewinnen und ihr Leben zu rechtfertigen, aber in einer Weise welche der Lohn ist. So brachte z. B. die Beilage des Kreisblattes die Lohnstatistik sämtlicher streikenden Kollegen. Was erreicht werden sollte war jedem klar. Im richtigen Betrachtet, waren es moderne schwarze Listen, da bei der Geburtsort und Tag und Datum seiner Geburt neben einer direkten Bloßstellung gegenüber der Arbeit und zuletzt eine Täuschung gegenüber dem Bürgertum. Die Herren den Stundenlohn bezahlen, wie er in der Liste angegeben, so wärde sich kein Kollege geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das schönste noch diesem Stückchen Arbeit war die Randbemerkung inbezug auf ungelentete Arbeiter, indem sie in derselben anführten, dass sie sich zusammen rekrutieren aus Seiltänzer, Schenken, Wirtshausbesitzer, Kapellmeister, Kellner, Schmied, Metzger, Biegeleiarbeiter, Schuhmacher, Nachtwächter, Fabrikarbeiter, Musiker usw. Man hätte den gebildeten Herren etwas mehr Anstandsgefühl zugerechnet als mit solchen Leuten zu kämpfen, denn es ist bedauerlich genug, wenn Leute gezwungen sind, sich der Ausbeutung des Kapitals in solchen Betrieben preiszugeben, da sie mitunter einen Stundenlohn von sage und schreibe 22 Pf. haben. In der Periode wären die Fabrikanten natürlich froh, wenn sie solche Leute hätten, sie begnügten sich noch mit viel weniger. Besehen wir uns auch mal die Herren Fabrikanten, die wir auch unter ihnen Leute, die früher mit Nabel und Wirn hausieren gegangen sind. — Nun noch ein Wort über die löbliche Polizei. Sie ist erst recht der Streik gefahren. Sie ist so eifrig, daß sie sogar den Spazierengehen verbietet, und sind in dieser Beziehung schon verschiedene Strafmandate angekommen, die natürlich das Gericht entscheidet. Denn das muß dem Dummsten einleuchten, daß einem das Spazieren nicht verboten werden kann, wenn sich niemand wehrt.

Von der Lohnbewegung in Posen ist nicht viel Neues zu berichten. Es scheint die „Stille vor dem Sturm“ auf den Meister eingetreten zu sein. Erklärlich ist es ja, wenn von den Meistern läßt schon ein großer Teil zu den neuen Bedingungen arbeiten und — fühlt sich besser dabei als die Mitglieder des A.-G.-Verbandes. Bei diesem sieht man allzusehr nach Einigkeit aus, denn ein Mitglied der Kommission hat ja auch schon die neuen Bedingungen anerkannt und ist dort denn auch die Arbeit aufgenommen. So muß kommen. Die Meister werden es auch noch einsehen, daß es besser ist, sich mit den Gesellen in Verhandlung einzulassen, als dieses kurzerhand abzulehnen mit der Begründung: „5% geben wir auf die Dauer von drei Jahre mehr keinen Heller“. Glauben denn die Herren Meister, daß dem Gewerbe zu dienen? Wir wissen sehr gut, daß ein großer Teil der „Meister“ von den Möbelhändlern abhängt. Auch wissen wir, daß es für manchen Meister fallen mag, die 15% Lohnerhöhung zu bewilligen, aber den unorganisierten Meistern möglich ist, sollte den organisierten doch nicht unmöglich sein. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Möchten doch die Meister einmal der anderen Seite hin angreifen und für ihre Waren Bezahlung erkämpfen. Wenn der Händler manche Teile zu 20 bis 150% Nutzen verkauft, so wird es doch nicht schwer sein, den Gesellen die im Verhältnis zu dem großen Nutzen äußerst geringe Lohnerhöhung zu gewähren. Jeder, der als Geselle, hat ein Recht auf gute Bezahlung. Die Meister werden sich ihr Recht schon erkämpfen, möge es ihnen, so lange es wolle.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bromberg. Ein ernstes Wort möchten wir heute zu den Holzarbeitern von Bromberg und Umgegend als auch zu allen beschäftigten Holzarbeitern sprechen; diese Interessiertheit, die Lustigkeit hier am Orte muß endlich aufhören. Kollegen, sind denn nicht uns selbst, sind wir es nicht unserer Familie, daß wir die geringung solcher Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, bei welchen wir uns und unserer Familie auch nur anständiger Wohnung, Nahrung und Kleidung verdienen können? Gerade im Holzbearbeitungsberwerb besteht eine Menge Zustände, die bringend der Reform bedürfen. Wie geht es mit der Arbeitszeit aus? Zwölf, dreizehn, vierzehn Stunden und länger wird noch gearbeitet, ja oft muß noch die Arbeit durchgearbeitet werden. Und dann der Lohn. Ist es nicht, damit eine Familie anständig zu ernähren und einen Pfennig für die Tage der Not, die einmal an einen jeden heran treten werden, zurückzulegen? Hat denn der Arbeiter den Tag für Tag seine Kraft und seine Gesundheit zu Markt zu bringen? Darf sich der Arbeiter nicht freuen, wenn ihm nach langer Last und Mühen gesunde, fröhliche Kinder entgegen kommen? Ja, der Arbeiter hat nicht nur ein Recht dazu, er hat die Pflicht, mit allen Kräften menschenwürdige Zustände zu schaffen. Der Einzelne ist machtlos. Nur die Gesamtheit, die Verbindung der Einzelnen zu einer festen Masse, kann Änderungen schaffen. Kollegen, werden wir uns doch unserer und unserer Pflichten bewußt! Schließen wir uns Mann an Mann dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter an, der unsere Rechte vertritt. Zahlen wir gern den kleinen Lohn, klein im Vergleich zu den vielen Vorteilen, die der Verband bietet. Die gute Saat trägt gute Früchte. Auch der Zusammenfluß wird gute Früchte zeitigen und wir selbst werden leben. Darum „Holzarbeiter Brombergs, vereinigt Euch!“

Walden-Baden. Es ist schon, nach überstandener Tagesarbeit, der Abendstille der wohlverdienten Ruhe zu pflegen, alle Mühen des Tages vergeßend; jedoch unendlich schöner für eine große Idee gekämpft und gerungen zu haben im Streite, um dann nach überstandenen Kampfe einen Augenblick zu nehmen und sagen zu können: „Wir haben gesiegt!“

Aber nur einen Augenblick darf die Ruhe währen, dann heißt es, die Truppen zu marschieren, wiederholt geordnete Reihen durch neue Streiter wieder zu füllen, zu den bestehenden Bataillonen neu hinzuzugewinnen und den Kampfgeist von neuem zu beleben und mehr und mehr zu vertiefen! Ein jeder unserer Kollegen wird einsehen, welchen Kampf wir vor uns haben, der uns als treue Mitglieder unseres Verbandes darauf aufmerksam macht, denselben kühn und mit fester Überzeugung entgegenzutreten. Das erste, was wir uns zur Pflicht nehmen müssen, ist dem Individualismus entgegenzutreten, so lange nicht ausruhen, bis derselbe ganz und gar überwunden ist. Die zweite Aufgabe ist dann, die Kollegen zu schulen, daß es eine feste Truppe gibt, mit welcher wir Schlachten schlagen können. Kollegen aus Baden und Umgebung! Es harret unser noch eine große Arbeit. Ruhen wir deshalb nicht aus, bis dieselbe geleistet ist. Namentlich seien die Kollegen in der Umgebung wie z. B. Döb, Kastatt und Kuppenheim, ja im ganzen Murgal darauf aufmerksam gemacht, sich dem Verbandsangehörigen. Nicht mehr länger Bekämpfer unserer Sache sollen die Kollegen sein, sondern mitwirken den Geist unseres Verbandes zu hegen und zu pflegen. Kollegen seid wackere Kämpfer. Fürchtet nicht dasjenige, was man Euch in den Weg legt. Fürchtet auch nicht das Scharfmachertum, sondern seid einzig im Verbands, damit wir dessen Geistes wirksam entgegenzutreten können. Wissen wir doch nur zu gut, daß besonders hier in unserer Gegend noch sehr vieles Verbesserungsbedürftig ist. Die Beseitigung der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wollen wir nicht unsere Nachkommen überlassen, sondern heute schon wollen wir es wenigstens versuchen, den Anfang zur Beseitigung zu machen. Gerade jetzt, wo der Sommer vorüber, da beginnt die beste Zeit zu einer tatkräftigen Agitation. Beweise daher jeder Kollege, daß er gewillt ist, seine Pflicht zu tun, aufklärend zu wirken, neue Mitglieder zu werben.

Leinfelden. Mit Genehmigung kann unsere Zahlstelle auf eine zweimonatliche Tätigkeit zurückblicken. Haben sich doch in der kurzen Zeit fast sämtliche Holzarbeiter mit wenigen Ausnahmen der Zahlstelle angeschlossen. Dieses ist aber besonders der rührigen Agitation des Vorstandes zu verdanken. In der letzten Versammlung wurde beschlossen auch in Böllingen und Püttlingen tätig zu agitieren. Herrschen dort ja noch traurige Zustände, wie die 11-12 stündige Arbeitszeit bei geringen Löhnen, trotzdem in Böllingen schon etliche Jahre die freie Gewerkschaft besteht, aber von ihr noch nichts zur Besserung der Verhältnisse getan wurde. Mögen die christlichen Kollegen der Agitation ihr Ohr nicht verschließen und gern unserem Verbands beitreten, dann werden auch für sie bald bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen. Mögen sie die materiellen Opfer nicht scheuen, denn sie werden sich reichlich lohnen. Auch mögen alle Mitglieder der Zahlstelle sich an der Werbearbeit beteiligen und so dem Vorstand die Sache erleichtern helfen. Darum alle Mann an Bord.

Gewerkschaftliches.

Die Zahl der Streiks und Bewegungen in diesem Jahre hat die des Jahres 1905 bereits weit überholt. Bis zum ersten September dieses Jahres war unser Verband an 121 Bewegungen mit 3925 Mitgliedern und an 76 Streiks mit 1580 Mitgliedern beteiligt. Tarifverträge mit den Arbeitgebern wurden 36 abgeschlossen. Die Kosten des Streiks belaufen sich bis zum 1. September für die Hauptkasse auf rund 50 000 Mark. Sämtliche Bewegungen und Streiks in diesem Jahre endeten fast ausnahmslos für die Kollegen mit Erfolg. Teilweise wurden Lohnerhöhungen bis zu 8 Pfennig die Stunde tariflich festgelegt. Gerade die diesjährigen Bewegungen haben klar bewiesen, wie durch die Gewerkschaftsbewegung Schritt für Schritt die Lage der Arbeiter gebessert wird. Und wenn auch nicht gleichzeitig an allen Orten Bewegungen geführt werden können, so kommt doch indirekt jede glücklich durchgeführte Bewegung den gesamten Kollegen zu gute. Das sollte aber auch alle Mitglieder veranlassen, sich mit der ganzen Kraft überall der Stärkung des Verbandes zu widmen.

Zur Beitragsleistung in unserem Verbands. Nach der neuesten Zusammenstellung erhoben zur Zeit in unserem Verbands 90 Zahlstellen neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag, besondere Lokalbeiträge bis zu 30 Pf. wöchentlich. In nachstehenden Zahlstellen ist der Wochenbeitrag zur Zeit wie folgt festgesetzt: 80 Pf.: Berlin und München; 70 Pf.: Fürth, Offenbach, Köln, Kall, Düsseldorf, Bochum und Hannover; 65 Pf.: Augsburg, Frankfurt und Düren; 60 Pf.: Rempten, Mühlberg, Rosenheim, Nürnberg, Regensburg, Lütlingen, Ulm, Stuttgart, Groß-Steinheim, Würzburg, Bonn, Köln-Lay., Ehrenfeld, Mühlheim-Rhein, Neuwied, Nachen, Brand, Waals, Würselen, Dulsburg, Hamborn, Hilden, Neuß, Ruhrort, Wersten, Barmen, Elberfeld, Krefeld, Uerdingen, Mersen, Altenessen, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Recklinghausen, Hagen, Dülmen, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Hildesheim, Bremen, Hamburg, Odesloe, Posen, Görlitz, Breslau und Ratowitz; 55 Pf.: Berchtesgaden, Freising, Jmmenstadt, Kaufbeuren, Landsbut, Passau, Rosenheim, Straubing, Eichstätt, Friedbrichshafen, Karlsruhe, Spaichingen, Ruffenhafen, Freiburg, Mühlhausen Elf., Billingen, Mainz, Wiesbaden, Wschaffenburg, Bamberg, Köln Kaiser, Cuxen, Mühlheim-Ruhr, Oberhausen, Witten, Beckum, Danzig und Reiffe.

Diese Zusammenstellung beweist, welche erfreulichen Fortschritte in unserm Verbands in Bezug auf die Beitragsleistung zu verzeichnen sind. Die Kollegen lernen mehr und mehr den Wert der Verbandsbeiträge schätzen. Insbesondere sind es die Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen, welche manchen Kollegen nach dieser Richtung hin die Augen öffnen. Zu wünschen wäre, daß die wenigen, hier und da vorhandenen Mitglieder, welche selbst die geringste Beitrags-erhöhung zum Anlass nehmen, um aus dem Verbands auszutreten, sich an den Mitgliedern der oben bezeichneten Zahlstellen ein Beispiel nehmen würden.

Abgeblitzt werden die Berliner Fachabteilungs-schwärmer nimmehr auch vom „Kolpingsblatt“, dem Organ der kath. Gesellenvereine. Anlaß hierzu gab ein Fall in Oppeln, wo die Mitglieder des Gesellenvereins am schwarzen Brett vor dem Beitritt zu den christl. Gewerkschaften gewarnt wurden, da sonst darin ein Entgegenarbeiten der von der Ortsgeistlichkeit vertretenen Arbeiterinteressen gesehen würde. Das „Kolpingsblatt“ erklärt:

„Wir stehen nicht an, zu sagen, daß ein derartiges Vorgehen von seiten des Gesellenvereins durchaus verwerflich ist. Nach den Beschlüssen der Generalversammlungen von Köln und Mainz sollen die Gesellenvereine den auf die Bildung von christlichen Gewerkschaften hinielenden Bestrebungen nicht hindernd in den Weg treten. Doppelt verkehrt ist aber eine Stellungnahme gegen die christl. Gewerkschaften, zugunsten der kath. Fachabteilungen.“

Die Theorie der Bewegung mag noch so ideal sein, vom praktischen Gesichtspunkte aus ist die sogenannte „Berliner Richtung“ ein großes Uebel. Sie zerplittert die Kräfte, die gerade in Schlefien notwendig wären, um erfolgreiche Arbeit zu leisten. Sie ist aber auch ein Schaden für die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung, der sie durch diese Sonderorganisation die in den kath. Arbeitervereinen erzeugten Kräfte entzieht und diese so auf die außerhalb derselben stehenden Kräfte anweist. Außerdem sind die „Berliner“ durch ihr Auftreten und Benehmen in den Versammlungen schon im höchsten Grade widerlich geworden.“

Wir beweisen vorläufig noch, daß der Präses des Oppelner Gesellenvereins den erfolgten Anschlag gebilligt hat, da er unsere Wissens der christl. Gewerkschaftsbewegung von jeher nicht unsympathisch gegenüberstand. Trotzdem ist die Zeitung des „Kolpingsblattes“ angebracht, da verschiedene Gesellenpräsidenten in größeren Städten Schlefien auf dem Standpunkte stehen, daß mit der Gründung christlicher Gewerkschaften alles Uebel seinen Einzug hält. Insbesondere dürfte das Angeführte in Olsch und Reichenbach Beachtung finden.

Rote Instrumentenmacher. Ohne jeden Grund, nur aus purem fanatischem Haß, überfiel der sozialdemokratisch organisierte F. X. Bauer in Fürth, den Gewerkschaftsbeamten E. Salomon vom Verbands christl. Keramarbeiter am hellen Tage und schlug mit einem sog. Lotschläger hinterücks auf ihn ein, so daß er längere Zeit krank lag. Nach vollbrachter Heldentat flüchtete der rote Feigling, wurde aber verhaftet und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Am Landgericht in Fürth wurde der Hohlhieb am 28. August für diesen Akt der Freiheit und Brüderlichkeit zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und 8 Tage Haft verurteilt. Diese Pflanze roter Erziehung machte zuerst Notwehr, dann sinnlose Trunkenheit geltend, was als unwahr nachgewiesen wurde. Auch nicht der geringste Anlaß war für die Noheit vorhanden gewesen, der Staatsanwalt bezeichnete die Tat des Angeklagten als biblisch, gemein, niederträchtig, feig und höchst gefährlich, sie sei lediglich terroristischen Motiven entsprungen, da Bauer sozialdemokratisch und Salomon christlich organisiert wäre. In Fürth kann diese Tat weniger noch wie anderswo aufpassen. Dort stand im vorigen Winter doch sogar ein freigestellter roter Gewerkschaftsbeamter Müller wegen Hausfriedensbruch und Gewalttätigkeiten in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung vor Gericht, wurde auch bestraft und dann von der sozialdemokratischen Presse als Held und Märtyrer gefeiert. Letztere Methode trägt dazu bei, daß die Hohenheiten sozialdemokratisch organisierter nicht abnehmen, sondern sich vermehren. — Wie die „Gewerkschaftsstimme“ zu melden weiß, wurde der Verbandssekretär Sidmann in Düsseldorf ebenfalls von roten Verbändlern gemein beschimpft und mißhandelt. Anzeige ist erstattet, so daß auch diese roten Freiheitsbrüder einer Bestrafung nicht entgehen werden.

Langsam aber sicher, dachte der Berliner Arbeitersekretär Ziebach aus Magdeburg: Da ließ er uns am 11. September eine Berichtigung, auf einen am 10. August ds. Jahres im „Deutschen Holzarbeiter“ erschienenen Zahlstellenbericht zugehen. Herr Ziebach schreibt:

- An die verehrliche Redaktion des „Deutschen Holzarbeiter“ in Köln.
- Unter Bezugnahme auf den § 11 des Pressgesetzes, möchte ich hierdurch die verehrliche Redaktion höflichst ersuchen, zu dem Artikel in Nr. 32 des „Deutschen Holzarbeiter“ vom 10. August ds. Jz. zu dem Bericht der Zahlstelle Magdeburg folgende Berichtigung bringen zu wollen:
1. Die Versammlung wurde ohne irgend welche Veranlassung meinerseits, vom Vorsitzenden der Fachabteilung in Schönebeck wegen geringer Beteiligung seiner Mitglieder nicht eröffnet.
 2. Es ist un wahr, daß die Gewerkschaftler angeblich ruhig die Leute zu Ende singen ließen, einige von „ihnen“ stimmten selbst einen Chorus an.
 3. Die Bemerkung, daß der Laik des Arbeitersekretärs etwas besser hätte eingreifen müssen, ist lächerlich und hinfällig, weil derselbe sich weder am Singen beteiligte, noch dazu Veranlassung gegeben hat. Soll diese Bemerkung etwa „gewisse Eigenschaften“ der Berichterstatter in heftiger Beleuchtung erstahlen lassen?
 4. Un wahr ist, daß wie geschilbert, die Gewerkschaftler so „nobel“ den Saal verließen, hatte doch ein gutbekanntes Mitglied die Courage, den Facharbeitern das liebenswürdige Prädikat „kath. Heilsarmee“ zuzuschreiben.
 5. Un wahr ist, daß ich „nach diesen Heldentaten“, von irgendwem welchen ich mir nichts bekannt, ebensowenig habe ich mich an irgendwem welchen beteiligt. — ein Hoch auf die Fachabteilungen ausbrachte. Letzteres stand auch mit irgendwem welchen „Heldentaten“ in keiner Beziehung.
 6. Sind mir die angezogenen Beledigungen nicht zu Gehör gekommen; sonst hätte ich eine solche Handlungsweise gerügt.
- Ich möchte den oder die Herren Berichterstatter, wenn sie etwa ein bisschen in „Systematische Feresführung der öffentlichen Meinung“ zu machen Lust verspüren sollten höflichst empfehlen, „echt christliche“ Grundsätze bei Behandlung des Wörtchens „Wahrheit in Anwendung zu bringen. Gegen die beziehungsweise eigenartige Berichterstattung im Allgemeinen und soweit dieselbe mit meiner Person in Verbindung gebracht wird, verwahre ich mich entschieden.
- Hochachtungsvoll
Wilh. Ziebach, Arbeitersekretär.
- Recht so Herr Ziebach! Nur immer feste Verwahrung eingelegt. Sie werden dadurch auch über die Grenzpfähle Magdeburgs hinaus bekannt, was bei Ihren bisher erzielten Erfolgen nur eine gute Empfehlung für Sie sein kann. Im übrigen danken wir für Ihre freundliche Mitarbeit und wünschen Ihrem Studium des § 11 (nicht zu verwechseln mit dem ebenso genannten § des Biergesetzes) einen guten Verlauf. Hochachtungsvoll.

Internationale Gewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1901 hatten zu Kopenhagen die Sekretäre von sieben nationalen Gewerkschaftsgruppen, die durchweg im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmen, zuerst eine internationale Verständigung und praktische Zusammenarbeiten angeregt, aus dem im Jahre 1908 das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hervorging. Nach dem vorliegenden zweiten Bericht des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen, der 16 Staaten umfaßt, nämlich England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Niederlande, Italien, Spanien, Neufüdwales, Dänemark und Viktoria, geht hervor, daß in diesen Staaten 1904 4 226 788 Arbeiter organisiert waren. Die größte Zahl organisierter Arbeiter entfiel auf England mit 1 889 590, dicht dahinter folgt Deutschland 1 406 625. In weitem Abstand folgen die übrigen Länder: Italien mit 260 000, Oesterreich mit 205 000 usw. Gegenüber 1908 weisen England und Serbien einen Rückgang, alle übrigen Zunahmen der Mitgliederziffern auf. Das größte Wachstum verzeichnet Deutschland mit 189 794 Mitgliedern. Entsprechend seiner Mitgliederzahl hat England auch die größte Jahreseinnahme mit 20 757 000 M., es folgt Deutschland mit 20 190 000 M., Oesterreich mit 2 553 000 M. usw. Von den Ausgaben stehen die für Arbeitslosenunterstützung mit weit über 10 Millionen Mark in erster Linie. Die Ausgaben für Ausstände sind in England und Norwegen zurückgegangen, in Deutschland und Schweden gestiegen.

Der Verbandstag der christl. Textilarbeiter, der in der vorigen Woche in Frankfurt a. M. stattfand, war aus den verschiedensten Textilindustriebezirken des Reiches besucht. Unter anderem wurde die Arbeiterinnenfrage eingehend besprochen und dem Vorstand die baldige Freistellung einer Agitatorin empfohlen. Den Verbandsbeamten wurde zur besonderen Pflicht gemacht, sich die Gründung und Förderung der Gewerkschaftskartelle (auch Bezirkskartelle) angelegen sein zu lassen; das System der Fabrikvertrauenspersonen soll gleichfalls ausgebaut werden. Das Beitrags- und Unterstützungsweesen wurde reorganisiert und auf eine ganz neue Grundlage gestellt. Die Generalversammlung nahm das Staffelbeitragsystem an, und die einzelnen Ortsgruppen werden in Zukunft unter sieben verschiedenen Beitragsklassen von 15 bis zu 60 Pfg. wöchentlich die Auswahl haben. Jede Ortsgruppe hat das Recht, insgesamt bis zu vier Beitragsklassen für ihre verschiedenen Mitgliederkategorien von Jahr zu Jahr zu bestimmen, doch darf unter die bisher üblichen Sätze nur in besonderen Ausnahmefällen mit Genehmigung des Zentralvorstandes herunter gegangen werden. Die Leistungen des Verbandes bzw. die Unterstützungsätze sind der Höhe der einzelnen Beitragsklassen angepaßt. Außer den bisher üblichen Leistungen und Unterstützungen bei Streiks, Mafregelungen, Krankheit und Sterbefällen ist die Einführung von Reise- und Umzugsunterstützung neu eingeführt worden. Der Zentralvorstand erhielt die Ermächtigung, nach Bedürfnis neue Beamte — und zwar mehrere möglichst bald — freizustellen. Um die Freistellung von Lokalbeamten (Geschäftsführern) unter materieller Beihilfe der beteiligten Mitglieder, die in solchen Fällen einen kleinen lokalen Extrabeitrag zu entrichten haben, eher ermöglichen zu können, wurde der Vorstand ermächtigt, eine straffere Zentralisation der Ortsgruppen einer Großstadt oder eines geschlossenen Bezirkes anzuordnen. Zum Schluß nahm die Generalversammlung einstimmig eine Resolution an, wodurch an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches der Appell gerichtet wird, für baldige Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages und Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen in der Textilindustrie Sorge tragen zu wollen.

Für die russische Revolution haben die Berliner „Genossen“ 307 000 M. im letzten Jahre aufgebracht, wie der Vorsitzende des Verbandes der Wahlvereine, „Genosse“ Riepmann, in einer Versammlung im 5. Berliner Wahlkreis mitteilte. Im ganzen ist eine halbe Million für Unterstützungszwecke von der Berliner Sozialdemokratie aufgebracht. Der Löwenanteil ist also den russischen Revolutionären und Bombenwerfern zugeflossen. Da in Berlin bei den letzten Wahlen im ganzen 218 238 Stimmen abgegeben sind, so entfielen danach auf jeden „Genossen“ pro Kopf schon mehr als zwei Mark. Natürlich zahlen diese Wähler nicht alle, sondern etwa knapp die Hälfte, nämlich diejenigen, welche organisiert sind und demgemäß an den Wahlen teilhaben. Die schon bereitstehenden Kassierer der einzelnen roten Organisationen abzuliefern genötigt werden. Somit kann man durchschnittlich rund 5 M. auf den Kopf rechnen, welche allein für Unterstützungszwecke, vorwiegend für die Nordbrennerverbände in Rußland von den „Genossen“ aufgebracht wurden. Wenn's heißt zahlen für die deutschen Arbeiter, die wegen der albernsten Mafseier ausgesperrt wurden, oder wenn den Buchbindern wegen Geldmangels der Kampf über ganz Deutschland verlorengeht, der seinen Ursprung hatte in der Mafseier, ja, dann drückt sich unsere „moderne“ Arbeiterpartei. Michel hat nur zu zahlen, bemerkt „Die Baugewerkschaft“ dazu.

Zentralverband christlicher Arbeiter der graphischen Gewerbe. Genannter Verband hielt am 16. und 17. Sept. in Köln seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Geschäftsberichte ging hervor, daß auch diese jüngste christliche Gewerkschaft einen guten Aufschwung nimmt. Die Mitgliederzahl des Verbandes beträgt 1300. Die Jahreseinnahme 20 000 M. Von den Beschlüssen sei erwähnt, daß zur Einführung von Staffelbeiträgen geschritten wurde. Es haben zu leisten: Mitglieder mit über 30 M. Wochenverdienst 60 Pfg. Beitrag, von 24—30 M. 45 Pfg., unter 24 M. 35 Pfg. Weibliche Mitglieder zahlen einen Wochenbeitrag von 25 Pfg. Zum Vorsitzenden wurde Schwarz-Köln gewählt, während Hüllen-Köln zum zweiten Vorsitzenden und Redakteur bestellt wurde.

Soziale Rundschau.

Ortsübliche Tagelöhne für das Jahr 1906. Nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes (§ 8) werden alljährlich von den höheren Verwaltungsbehörden die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter festgesetzt, die dann für die Bemessung des Krankengeldes maßgebend sind. Bei dieser Festsetzung scheiden einmal aus die höher gelohnten qualifizierten Arbeiter, und andererseits solche, welche wegen Gebrechens und dergl. die Leistungen eines Durchschnittsarbeiters nicht aufweisen. Da letztere gegenüber ersteren an Zahl und Bedeutung zurücktreten, ist der Durchschnittslohn aller Lohnarbeiter höher als der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Tagelohn. Ueber die ortsüblichen Tagelöhne für das Jahr 1906 enthält nun die „Soziale Praxis“ (Nr. 45) eine detaillierte Zusammenstellung, die insofern von Interesse ist, als sie Aufschluß gibt über die Lage der wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Arbeiter in den verschiedenen Landesteilen. Das genannte Zentralblatt für Sozialpolitik knüpft an diese Zusammenstellung eine Reihe vergleichender Bemerkungen. Durch die traurigsten Lohnverhältnisse zeichnet sich die Provinz Schlesien unvorteilhaft aus. Hier findet sich in den drei Kreisen Nimtsch, Goldberg, Gagnau und Falkenberg das absolute Minimum von 1 M. Ferner bleibt der ortsübliche Tagelohn in großen Teilen der Regierungsbezirke Posen, Marienwerder, Allenstein, Gumbinnen und Königsberg unter dem Satz von 1,50 M. Es ist also der Osten und Nordosten Deutschlands, der in erheblichem Umfange Löhne unter 1,50 M. aufweist. Wenig günstiger steht der Regierungsbezirk Frankfurt a. D. da. Ein größeres zusammenhängendes Gebiet, in welchem ein ortsüblicher Tagelohn von weniger als 1,50 M. häufiger vorkommt, bildet dann noch das Königreich Bayern, also der Südosten Deutschlands; besonders ungünstig liegen die Lohnverhältnisse hier in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberfranken. Im übrigen Deutschland finden sich ortsübliche Tagelöhne von weniger als 1,50 M. nur vereinzelt vor. Durch relativ hohe Löhne, d. h. solche über 2,50 M. zeichnet sich der ganze Westen und Nordwesten Deutschlands aus; im übrigen Gebiete des Reiches findet sich ein ortsüblicher Tagelohn von mehr als 2,50 M. im großen und ganzen nur bei einer Reihe größerer Städte und in deren näherer Umgebung. Bezeichnet man als die untere Grenze des ortsüblichen Tagelohnes den Satz von 1 M., als höchste denjenigen von 3,60 M., so ist der ortsübliche Tagelohn im Osten und Nordosten des Reiches im allgemeinen der unteren Grenze näher, je weiter man nach dem Westen kommt, um so mehr nähert er sich der oberen Grenze. Der Zug nach Westen ist also leicht erklärlich. Im allgemeinen sind die ortsüblichen Tagelöhne in den Städten höher als auf dem platten Lande, doch kommt auch das Umgekehrte vor. So hat die Stadt Radeburg z. B. einen ortsüblichen Tagelohn von 1,20 M., während für den Kreis Neustettin im übrigen als ortsüblicher Tagelohn 1,60 M. festgesetzt ist. Ähnlich liegt die Sache bei der Stadt Pölnow im Kreise Schlawe (1,40—1,70). Unter diesen Gesichtspunkten hat also die Statistik der ortsüblichen Tagelöhne auch sozialstatistischen Wert.

Die evangelischen Arbeitervereine Deutschlands umfassen nunmehr 122 197 Mitglieder, die in 633 Einzelvereinen zusammengeschlossen sind. An der Zusammenstellung sind beteiligt:

Vereine	Mitgl.
1. Rheinisch-Westfälischer Verband	144 33 000
2. Essen, Bochum, Köln und Umgegend	20 8 000
3. Saarverband	30 5 800
4. Pfälzischer Verband	50 8 000
5. Babischer Verband	30 3 970
6. Württemberg	47 4 237
7. Bayern	75 16 242
8. Kurhessen	13 1 696
9. Mittelrheinischer Verband	22 3 228
10. Minden-Ravensberg	12 1 380
11. Hannover	10 800
12. Nordelbischer Verband	7 1 489
13. Mitteldeutscher Verband	28 4 123
14. Sächsischer Verband	68 14 800
15. Sonstige Vereine im Königreich Sachsen	10 3 000
16. Brandenburg	18 1 685
17. Pommern	8 700
18. Posen	7 1 082
19. Schlesien	15 4 437
20. Westpreußen	2 1 000
21. Ostpreußen	25 3 528
633 122 197	

Soziale Rechtsprechung.

Der Streitvermerk im Arbeitszeugnis. Ein für Arbeiterschaft unverständliches Urteil fällten Bineburger Richter. Einem Monteur, der sich nach zehnjähriger Tätigkeit bei einer Firma einem Ausstande angeschlossen, bemerkte die Firma in sein Zeugnis, daß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt sei, weil sich der Monteur einem Ausstande angeschlossen habe. Der Monteur klagte beim Gewerbeamt auf Beseitigung dieses Vermerkes, weil ihn derselbe an seinem späteren Fortkommen hindern könne. Sein früherer Arbeitgeber wandte dagegen bei der Verhandlung ein, es sei für die Führung des Arbeiters charakteristisch, daß er sich nach einer ununterbrochenen zehnjährigen Tätigkeit an derselben Stelle ohne weiteres an einem Ausstande angeschlossen habe. Das Gewerbeamt stellte die Forderung, daß das Zeugnis wahrheitsgetreu ausgefüllt werde. Somit sei der Arbeitnehmer verpflichtet, diese für die Führung des Arbeiters zeichnende Tatsache im Zeugnisse anzuführen. Das Gewerbeamt stellte sich auf denselben Standpunkt. Das Landgericht Bineburg urteilte als zweite Instanz gleicher Weise. Die Urteilsgründe führen aus, daß ein Arbeitnehmer freistehen müsse, Tatsachen anzuführen, aus denen der Leser des Zeugnisses sich ein Urteil selbst bilden könne. Und die Tatsache, daß ein Arbeiter sich nach ununterbrochener zehnjähriger Tätigkeit in einem Betriebe einem Streik anschließen, lasse einen Schluß auf seine Führung zu. — Dem § 113 der Gewerbeordnung kann ein Arbeiter Abgange ein Zeugnis über die Art und die Dauer seiner Beschäftigung fordern. Auf Verlangen ist das Zeugnis jedoch auch auf die Führung und die Leistungen des Arbeiters auszudehnen. Selbst wenn letzteres in angezogenem Maße zuträfe, ist der Streitvermerk doch danach angefallen, den Arbeitnehmer in seinem Fortkommen zu hindern und dürfte auch gegen die guten Sitten verstoßen. Ebensovienig es in der Arbeiterschaft Sitte ist, daß eine Firma, bei der ein Arbeiter gestreift wurde, für ein Menschenalter die Sperre verhängt wird, ebensovienig darf es auch Sitte werden, daß ein Arbeiter, der sich, wie es sein gutes Recht ist, an einem Streik beteiligt, sein ganzes Leben lang gedächet und außer Acht gebracht wird. Das gefällte Urteil steht daher dem gesunden Rechtsempfinden direkt entgegen.

Literarisches.

Protokoll der Verhandlungen des VI. Kongresses christlicher Gewerkschaften in Breslau. Das genannte Protokoll ist soeben als Heft 7 der Schriften des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erschienen. Der Preis des Schriftchens beträgt auf 30 Pfg. Bei der Fülle des Gebotenen ist der Preis minimaler. Enthält das Protokoll doch die Stenogramme Referate über 1) Die Vertätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, 2) Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und dem öffentlichen Leben, und 3) Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeitern. Das Protokoll ist zu beziehen durch die Buchhandlung Generalsekretariats des Gesamtverbandes, Köln, Palmsstraße. Der partienweise Bezug für die Poststellen erfolgt jedoch besten durch die Geschäftsstelle des Verbandes.

Die Haushaltungsschule. Ein Lernbüchlein für die Schülerinnen der Haushaltungsschule. Herausgegeben von der Kommission des Verbandes Arbeiterwohl. Mit vielen Abbildungen. Preis kartoniert 40 Pfg., Porto einzeln 10 Pfg. Inhalt: Ernährungslehre. Die Zubereitung der Speisen. Essen. Reinigungs- und Ordnungsarbeiten. Gesundheitslehre. Die Buchführung. Handarbeiten. Anhang: Ordnung der Schülerinnen. Lehrplan. Alphabetsches Sachregister. Der Band „Arbeiterwohl“ nimmt mit der vorstehenden Schrift eine Herausgabe von Volksbüchern wieder auf, mit denen er in einem Vierteljahrhundert seine praktische Wohlfahrtspflege den breiten Volksschichten begann. In Hunderttausenden Exemplaren in deutscher und fremden Sprachen ist „Das gute Glück“ mit seinen Nebenausgaben und sind seine Romane verbreitet. Auch „Die Haushaltungsschule“ verdient solchen Erfolg zu finden. Sie gehört in jede Familie. Deshalb ist der Preis so niedrig gehalten.

Gewerbliche Gesundheitspflege. Ein vom Gewerbeamt in Dürren geschriebenes Buch ist unter dem Titel im Verlage von G. H. Moritz in Stuttgart erschienen. Es selbst entspricht wirklich einem in Arbeiterkreisen gefühlten Bedürfnis und stellt gleichzeitig eine wertvolle Ergänzung des „Arbeiterwohl“ dar. Es dürfte daher in jeder Bibliothek fehlen. Der Preis des mit vielen Abbildungen versehenen elegant gebundenen Werkchens stellt auf 2,50 M.

2-3 tüchtige Tischler

auf furnierte Kastenmöbel suchen
Zusumer Möbelabrik N.-G.
Husum in Schleswig-Holstein.

10 Drechsler

werden für lohnende und dauernde Beschäftigung gesucht.
Adolf Jenz & Co.
Schönlank, Bezirk Bromberg.

Tischler-Fachschule, Leipzig

Wertmeister, Zeichner, Meister,
sofortige Anstellung; erfolgreiche Lehrmethode. — Programm frei von Dir. G. Strich, Köhlerstr. 15.

Das Reich

Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,55 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr. „Das Reich“ ist daher die billigste täglich zweimal erscheinende, nationale Tageszeitung der Reichshauptstadt. Eigenes Verlagsamt; eigene Spezialbetriebsanstalt. Probeausgaben werden unentgeltlich zugesandt. Berlin SW 61, Johanniterstr. 6.

„Neues Münchener Tagblatt“

Weit verbreitete katholische Tageszeitung in Bayern. Bertritt entschieden die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Bezugspreis monatlich 70 Pfg., vierteljährlich mit Versicherung bei Todesfall und Ganz-Unfähigkeit Folge Unfalls mit 1000 Mk., Ehegatten mit 2000 Mk. Verantwortl. Redakteur: Carl Jansen, Köln. Druck von Heinrich Heising, Köln.